

THEMA

REGARDS

WERTEUNTERRICHT

Wolf im Schafspelz?

David Angel

Völlig neues Fach oder religiöse Indoktrination durch die Hintertür? Das Rahmendokument zum einheitlichen Werteunterricht, das diese Woche vorgestellt wurde, sorgt für kontroverse Diskussionen.

Sichtlich angeschlagen war Bildungsminister Claude Meisch bei der Vorstellung des Rahmentexts zum einheitlichen Werteunterricht am Montag; die „SchoolLeaks“-Affäre und die Diskussionen um das Objekt seiner Pressekonferenz hatten ihm wohl einigermaßen zugesetzt. Das fünfseitige Dokument war in einer früheren Fassung schon im Vorfeld in die Öffentlichkeit gelangt.

Vier EthiklehrerInnen, Mitglieder der mit der Ausarbeitung des Fachs betrauten Arbeitsgruppe, hatten in einem offenen Brief Stellung bezogen: Unter dem Titel „Der Etikettenschwindel ist perfekt!“ warfen sie Meisch vor, den Religionen im neu zu gestaltenden Werteunterricht einen viel zu großen Stellenwert einzuräumen. „Großzügig“ sei das Ministerium „den Forderungen des Bistums und der Religionslehrer nachgekommen“, hieß es in dem Schreiben.

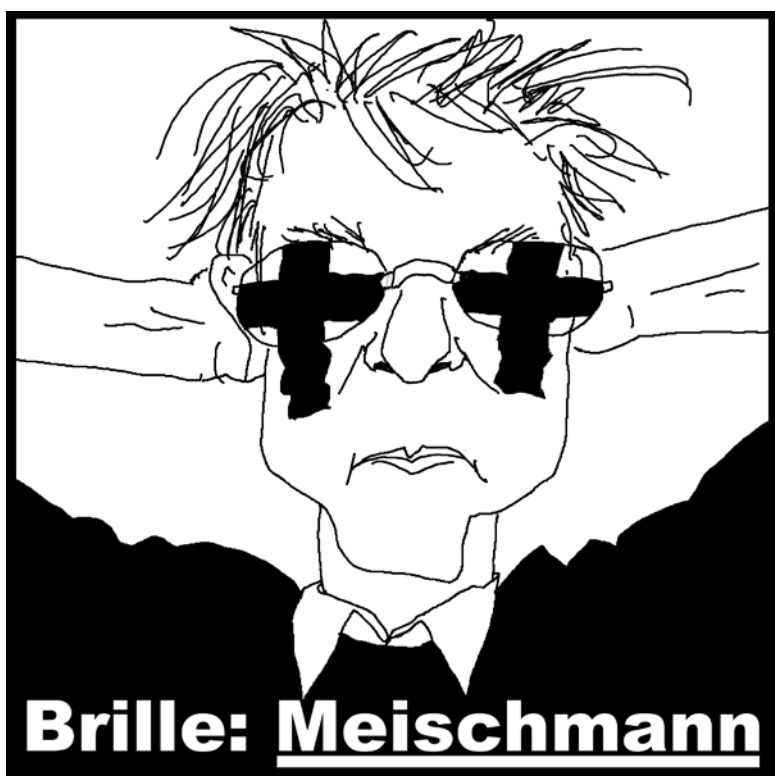
Vorwürfe kamen auch von der ehemaligen Philosophielehrerin Rita Jeanty, die unter den Bildungsministerinnen Brasseur und Delvaux mit der Ausarbeitung eines zukünftigen einheitlichen Ethikunterrichts befasst war: Beide Ministerinnen seien sich bewusst gewesen, dass man ein solches Fach nicht mal eben während einer Legislaturperiode aus dem Hut

zaubern könne. Sie hätten deshalb ihre Beamten mit Vorarbeiten beauftragt, um im Falle eines Koalitionswechsels vorbereitet zu sein. „Was gilt Ihnen diese Vorarbeit? Was bleibt davon übrig?“ fragte Jeanty in ihrem offenen Brief an den Minister.

Am Montagmorgen war das Rahmendokument auf Anfrage von déi Lénk bereits im Bildungsausschuss der „Chamber“ diskutiert worden. „Die Opposition war natürlich nicht begeistert“, sagte der Bildungsminister einige Stunden später bei der offiziellen Pressevorstellung. Inhaltliche Kritik am Dokument sei ihm in der Kommission allerdings nicht zu Ohren gekommen. Vielmehr gehe es der CSV um die „Wahlfreiheit“ zwischen Religions- und Ethikunterricht. Nach der Kommissionssitzung hatten Vertreter der drei Regierungsparteien sich erwartungsgemäß zufrieden mit der Arbeit Claude Meischs gezeigt. Kritisiert hatten Meischs Pläne neben den Christlich-Sozialen auch die ADR und déi Lénk; Während ADR wie CSV an der Prämisse der „Wahlfreiheit“ festhalten, hatte Justin Turpel von einem Kuhhandel gesprochen.

Zusammenführen statt trennen

„Leben und Gesellschaft“ soll das neue Fach heißen, erläutert durch den Untertitel „Zusammen leben, Zusammenleben gestalten“. Kindern und Jugendlichen die Entwicklung „hin zu Eigenverantwortlichkeit, Kritik- und Gemeinschaftsfähigkeit“ zu erleichtern sowie „das Zusammenleben und



Will die Diskussionen um den einheitlichen Werteunterricht nicht auf dem samstäglichen Markt führen: Minister Claude Meisch.



PHOTO: MAVPCYVES KOHN

den Zusammenhalt in einer multi-kulturellen Gesellschaft" zu stärken, verspricht das Rahmendokument, das von Meisch vorgestellt wurde. „Wir müssen Kinder und Jugendliche zusammenführen, anstatt sie zu trennen“ argumentierte der Minister dann auch im Sinne des einheitlichen Ethikunterrichts. „Wenn Kinder in Gruppen eingeteilt werden und einer den anderen nicht kennt, ist der Dialog schwierig“ fuhr er fort.

Für Claude Meisch soll das neue Fach zu einer Art „Gedankenwerkstatt“ werden, in der Wissen über Religionen und andere Weltanschauungen vermittelt wird, wobei das Hauptgewicht auf dem „was unsere Gesellschaft ausmacht“ liegen soll. In altersgerechter und „schülerzentrierter“ Herangehensweise, also von „Erfahrungshorizont und Lebenssituation“ der SchülerInnen ausgehend, sollen unter anderem die „beiden Grundströmungen, die unser Land geprägt haben“ näher beleuchtet werden: „Einerseits die christlich-jüdische, und andererseits die humanistisch-aufklärerische Tradition“, so Meisch.

Ein recht offen angelegtes Unterrichtsfach soll so entstehen, in dem Raum für kontroverse Diskussion und Meinungsvielfalt ist. Das Lehrpersonal soll dabei eher die Rolle des Moderators einnehmen: Von den Lehrern wird laut Minister gefordert, die eigene Meinung in den Hintergrund zu stellen und keine Wertung der zum Ausdruck gebrachten Ansichten vorzunehmen. „Das Lehrpersonal

soll neutral sein“, stellte er klar. Allerdings habe die Neutralität klare Grenzen: „Grundlage des Fachs sollen die universellen Menschenrechte sein. Was dagegen verstößt, wird nicht geduldet.“ Im Klartext heißt das, dass LehrerInnen nur dann aktiv in Diskussionen einzugreifen haben, wenn menschenverachtende Aussagen getätigt werden. Wo genau die Grenze gezogen wird, ist indes noch nicht klar.

Nun, da der Rahmen steht, soll ein Programm für das Fach „Leben und Gesellschaft“ ausgearbeitet werden. Dazu wurden vier Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, in denen sich unter anderem Ethik- und ReligionslehrerInnen zusammenfinden. Zwei externe Experten sollen den Arbeitsgruppen zur Seite stehen: Joachim Kalcher vom Lehrerseminar Köln und Daniel Bogner von der Universität Freiburg. Als Moderator und Mediator wurde der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers hinzugezogen, der an der Ausarbeitung des Fachs „Religion und Kultur“ im Rahmen des „Lehrplan 21“ (siehe woxx 1309) im Schweizer Kanton Zürich beteiligt war.

Für Professor Oelkers war die Pressekonferenz zur Vorstellung des

Rahmendokuments auch die Gelegenheit, sich der hiesigen Presse vorzustellen. „Wir sollen hier nicht den Schweizer Lehrplan 21 einführen“ stellte er eingangs klar. „Die heutige Schule besuchen Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Kulturen“, erläuterte Oelkers seine Sicht der Dinge. „Die Schule ist gewissermaßen zu einem Übungsfeld für das Zusammenleben geworden.“ Aus diesem Grunde kämen neue Aufgaben auf die Schule von heute zu, so der Erziehungswissenschaftler weiter. „Dazu passt ein solches Fach“.

Keine ansteckende Krankheit

Die Kritik an der Religionslastigkeit im neuen Unterrichtsfach, wie sie vor und nach der Vorstellung des Rahmendokuments laut geworden war, kann Oelkers nicht nachvollziehen. Für den Professor, der sich selber „wahrscheinlich als Agnostiker“ sieht, gehört Wissen über Religionen zum „Korpus der Allgemeinbildung“. In die gleiche Kerbe hieb er am selben Abend bei seinem im Forum Geeseknäppchen gehaltenen Vortrag mit dem Titel „Kann man in

der Schule das Zusammenleben in der Gesellschaft lernen?“: Sein Fazit: „Religionen sind keine ansteckende Krankheit, sondern kognitive symbolische Systeme, die man verstehen kann. Wenn man sie nicht versteht, fehlt einem was bei der Allgemeinbildung.“ Religionen im Schulunterricht einfach auszublenden, kann für Oelkers verheerende Folgen haben: „In Frankreich hatten sie nie Religion in den Schulen - jetzt sehen sie, was sie davon haben.“

Auch Claude Meisch ließ anlässlich bei der Pressekonferenz kaum Kritik an seiner Vorstellung von „Leben und Gesellschaft“ und allgemein an seinem Vorgehen zu: Nein, das nun vorgestellte Dokument sei nicht Resultat eines geheimen Abkommens mit dem Bistum, stellte er, sichtlich genervt, klar. Ja, es habe Vorarbeiten unter den Ministerinnen Brasseur und Delvaux gegeben, aber nein, auf sie zurückgreifen werde man nicht - schließlich seien diese Vorarbeiten ohne expliziten Regierungsauftrag in Hinterzimmern getätigt worden und entsprächen damit nicht der angestrebten partizipativen Vorgehensweise. Auf die Frage nach den Kosten der

THEMA



Den Wolf ins Bett geholt?
Das sehen zumindest die laizistischen
Vereinigungen so - Illustration von
Gustave Doré, 1862.

„Operation Einheitskurs“ hatte Meisch allerdings keine Antwort parat.

Auch gegenüber den vier kritischen EthiklehrerInnen gab sich Meisch unnachgiebig: Diese Personen müssten sich entscheiden, ob sie sich im Auftrag des Ministeriums an der Ausarbeitung eines Programms beteiligen oder lieber als Teil der Zivilgesellschaft ihre Position öffentlich machen wollen. Er habe den Betreffenden jedenfalls nahegelegt, sich den Artikel 11 des Staatsbeamtenstatuts - der die Schweigepflicht regelt - noch einmal genauer anzusehen, und sie vor die Wahl gestellt, weiterhin Teil der Arbeitsgruppen zu sein oder auszuscheiden. Wenn alle an dem Projekt Beteiligten das Recht beanspruchten, ihre persönliche Meinung auszuposaunen, könnte man die Arbeit an dem Programm auch gleich auf den samstäglichen Markt verlegen, so der Minister.

Laizisten enttäuscht, Bistum zufrieden

Der Cercle de coopération des associations laïques (CCAL), ein Zusammenschluss von Allianz der Humanisten, Atheisten und Agnostiker (AHA), Fédération générale des instituteurs luxembourgeois (FGIL), Liberté de conscience, Freidenkerbund und Ligue luxembourgeoise de l'enseignement, der im Zuge der Debatte um die Konvention mit den Glaubensgemeinschaften gegründet wurde, reagierte umgehend: „Zutiefst enttäuscht“ sei man von den Ankündigungen des Ministers, erklärte Monique Adam. Wissen über Religionen sei auch im bisherigen Ethikunterricht

vermittelt worden und stelle an sich kein Problem dar. Allerdings dürfe es nicht zum einzigen Inhalt des „cours unique“ werden.

Viele Fragen seien offen gelassen worden: „Welche Wissenschaft soll dem Fach zugrunde liegen? Warum ist die philosophische Fragestellung als Grundlage fallengelassen worden?“ fragte Adam. Religion und Kultur würden im aktuellen Entwurf auf eine Ebene gestellt - eine Herangehensweise, die „starke Ähnlichkeiten mit dem aktuellen Religionsunterricht“ aufweise. Auch mit dem designierten Moderator der Arbeitsgruppen, Jürgen Oelkers, ging der CCAL hart ins Gericht: „Das ist kein neutraler Experte“, stellte Monique Adam trocken fest.

Neben den inhaltlichen Kontroversen gab es aber auch Kritik an der von Meisch gepriesenen, „partizipativen“ Vorgehensweise: Die Debatte sei mit dem öffentlichen Vortrag von Oelkers eröffnet, aber schon einen Tag später mit der Ankündigung, die Arbeitsgruppen würden jetzt die Arbeit aufnehmen, wieder beendet worden. Vom CCAL wurden daher konkrete Forderungen erhoben: Das Rahmendokument müsse zurückgezogen, die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen öffentlich gemacht und eine Debatte, die diesen Namen verdient, in Gang gebracht werden. Die Angehörigen der Arbeitsgruppe dürften nicht länger der Schweigepflicht unterworfen sein. Berichte von den Sitzungen seien regelmäßig zu veröffentlichen.

Zufrieden mit dem Entwurf des Bildungsministers scheint derweil das Bistum zu sein. Es sei gut, „dass das Dokument des Ministeriums auf das Erbe der jüdischen und christlichen

Religionen sowie des philosophischen Humanismus“ verweise, und man sei zuversichtlich, „dass die vom Ministerium eingesetzten Arbeitsgruppen ihre Arbeit in einem Klima von Respekt und Vertrauen“ aufnehmen könnten. Das Bistum begrüßt weiterhin „den schülerzentrierten und lebensweltlichen Ansatz“ und „die Auseinandersetzung mit moralisch-ethischen Fragestellungen auf dem Hintergrund der philosophischen und religiösen Denk- und Lebenswelten“.

Ambitiöser Zeitplan

Jenseits der inhaltlichen Fragen, die durch die Vorstellung des Rahmendokuments ausgeworfen wurden, ist aber auch noch so einiges, was die Vorgehensweise betrifft, unklar - der Zeitplan beispielsweise. Im September 2016 soll der Unterricht in dem neuen Fach bereits anlaufen. „Ziemlich ambitiös“ sei das Vorhaben, meinte Claude Meisch am Montag. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, innerhalb einer Legislaturperiode ein neues Fach auszuarbeiten, erklärte Rita Jeanty in ihrem offenen Brief an den Minister - erst recht doch wohl in ein- einhalb Jahren. „Das Ministerium hat anderthalb Jahre gebraucht, um ein fünfseitiges Dokument auf den Tisch zu legen“ stellte Monique Adam vom CCAL fest. „Und jetzt sollen in nochmals anderthalb Jahren ein Programm auf dem Tisch liegen und Lehrer weitergebildet werden?“

Ein weiteres Problem wurde während der Pressekonferenz am Montag benannt: Sind Privatschulen verpflichtet, das Fach „Leben und Gesellschaft“ anzubieten? Privatschu-

len können bei zehn Prozent ihres Schulprogramms frei über die Inhalte entscheiden, ohne Einbußen bei den staatlichen Fördergeldern befürchten zu müssen. Es sei theoretisch schon möglich, dass bestimmte Privatschulen dieses Fenster nutzten, um weiterhin Religionsunterricht anzubieten, gestand Meisch ein.

Das neue Fach soll „schülerzentriert“ angelegt sein - wäre es da nicht angebracht, auch SchülerInnen in die Ausarbeitung des Programms einzubinden? Das zumindest fordert die Unel in einem Presseschreiben: „Die Einbindung der SchülerInnen würde nicht nur der Vielfalt und Qualität der eingebrachten Ideen zugute kommen, es könnte auch Konfliktsituationen wie die jetzige entschärfen“, heißt es darin.

Aber auch die Frage nach der Wahlfreiheit stellt sich wieder - allerdings aus einer anderen Perspektive als bisher. Hatten Kinder ohne religiösen Hintergrund bisher die Möglichkeit, den Ethikunterricht zu belegen und damit jeglicher Form der religiösen Indoktrinierung per se aus dem Weg zu gehen, könnten sie in Zukunft gezwungen sein, einen Kurs zu besuchen, dessen Programm zumindest teilweise auch von Religionsvertretern ausgearbeitet wurde.

„Wir hätten gerne, dass das neue Fach von allen akzeptiert wird und einen möglichst breiten Konsens in der Gesellschaft findet“ verkündete Claude Meisch am Montag. „Dazu werden wir kontrovers diskutieren müssen.“